

Politischer Jahresbericht

Israel 2009



Tel Aviv

Landesbüro Israel, 2009

Von Jörn Böhme

Februar 2010

Inhalt

Israel

3

Israel

Die herausragenden Ereignisse, die die politische Entwicklung Israels im Jahr 2009 bestimmten, waren der Gaza-Krieg und seine Folgen, die Parlamentswahlen sowie die Entwicklung des Verhältnisses zu der neuen US-Administration.

Am 17.1.2009 kündigte der damalige israelische Ministerpräsident Olmert einen einseitigen Waffenstillstand im **Gaza-Krieg** an. Trotz des Umstandes, dass Hamas weiterhin den Gazastreifen kontrollierte und der seit Juni 2006 entführte israelische Soldat Gilad Shalit weiterhin in Gefangenschaft war, sieht die große Mehrheit der Israelis den Militärschlag als Erfolg an. Eine Mehrheit war zwar anfänglich der Meinung, der Krieg hätte bis zur Entmachtung von Hamas weitergeführt werden sollen. Angesichts des starken Rückgangs des Beschusses Israels mit Quassam-Raketen verfestigte sich im Laufe des Jahres die Haltung, dass der militärische Angriff auf den Gazastreifen gerechtfertigt, richtig und erfolgreich war. Schon im Januar 2009 waren 82% der Israelis der Meinung, dass Israel beim Einsatz militärischer Gewalt nicht zu weit gegangen sei.¹ Eine ähnlich hohe Zahl hatte bereits während des Krieges den Militäreinsatz befürwortet. Sehr verbreitet war die Auffassung, dass der Staat nicht länger zusehen könne, wie der Süden von Raketen aus dem Gazastreifen beschossen werde. Diese Haltung wurde wiederum wesentlich gespeist durch die Einstellung, Israel habe mit dem unilateralen Rückzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 seine Kompromissbereitschaft gezeigt. Doch statt im Gazastreifen nun einen eigenen Staat aufzubauen, sei der Raketenbeschuss von dort auf Israel weitergegangen und noch intensiviert worden. Diese Sichtweise mündet wiederum in die Einstellung, der israelisch-palästinensische Konflikt sei grundsätzlich nicht regelbar, weil die arabische und moslemische Welt einen jüdischen Staat in seiner Mitte nie akzeptieren werde. Selbst viele derjenigen Israelis, die dem palästinensischen Präsidenten Abbas und vor allem dem palästinensischen Ministerpräsidenten Fayyad eine solche Haltung nicht unterstellen, sehen dennoch keine Aussichten auf einen politischen Durchbruch. Sie halten diese für zu schwach, um einen Kompromiss durchzusetzen und befürchten bei einem möglichen israelischen Rückzug aus weiteren Gebieten der Westbank, dass auch von dort Raketen auf Israel geschossen werden könnten.

Auf diesem Hintergrund wird die **breite Ablehnung des Goldstone-Berichtes** über den Gazakrieg in der israelischen Gesellschaft deutlich. 93,5% der jüdischen Israelis sehen den Bericht als voreingenommen gegen das israelische Militär an. In dieser Zahl kommt auch zum Ausdruck, dass das israelische Militär im Gegensatz zu den politischen Institutionen und ihren Vertreter_innen sowie den Medien, die Institution ist, die die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels für nicht korrupt und für

¹ <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1055564.html>

vertrauenswürdig hält. 79% der Befragten lehnen die Schlussfolgerungen des Berichtes über mögliche israelische Kriegsverbrechen ab. Nur hinsichtlich der Frage, ob die israelische Regierung mit der von der UNO eingesetzten Goldstone-Kommission hätte kooperieren sollen, ergibt sich ein anderes Bild: während 46% diese Entscheidung für richtig halten, finden sie 20% falsch (34% äußern keine Meinung).²

Der Gaza-Krieg führte dazu, dass der Wahlkampf der **vorgezogenen Neuwahlen** nur drei Wochen dauerte und noch stärker durch die Sicherheitsthematik geprägt war als dies Parlamentswahlkämpfe in Israel üblicherweise sind. Zwar erhielt die vom früheren Ministerpräsidenten Ariel Sharon gegründete Partei Kadima, die nach dem Rücktritt von Ehud Olmert vom Parteivorsitz nun von Tzipi Livni geführt wurde, die meisten Sitze in der Knesset, doch der Likud-Vorsitzende Benjamin Netanyahu wurde von Staatspräsident Peres mit der Regierungsbildung beauftragt, weil ihm größere Chancen eingeräumt wurden, schnell eine Regierung zu bilden.³ Die Regierung, die er bildete, ist die politisch rechtste, die zahlenmäßig größte und die finanziell teuerste Regierung in der israelischen Geschichte.

Die Wahlen haben zu einem **deutlichen Rechtsruck im israelischen politischen Spektrum** geführt. Neben dem Likud gewann vor allem die Partei Yisrael Beteinu. Hintergrund war deren polarisierter Wahlkampf gegen die Vertreter arabischer Parteien. Das fand positive Resonanz unter jüdischen Wähler_innen, weil die Vertreter arabischer Parteien zu den wenigen Stimmen in der israelischen Gesellschaft gehörten, die sich vehement gegen den Gaza-Krieg ausgesprochen hatten. Die arabischen Parteien konnten die Gesamtzahl ihrer Sitze um einen erhöhen. Doch alle Parteien mit einem zionistischen Selbstverständnis, die sich links, sozialdemokratisch, linksliberal und umweltbewusst einstufen, verloren dramatisch. Die Arbeitspartei, jahrzehntelang die stärkste Partei in Israel kam nur noch auf 13 Sitze in dem 120 Sitze starken Parlament. Meretz erreichte nur noch drei Sitze und von den grünen Parteien schaffte es keine ins Parlament. Zwei Monate vor der Wahl hatte sich eine neue grüne Partei gegründet, das **Green Movement**. Die Aktivist_innen kamen fast alle aus Umweltorganisationen. Sie gründeten diese Partei aus Unzufriedenheit über die Grüne Partei Israels. Dieser warfen sie Intransparenz, einen selbstherrlichen Führungsstil des Vorsitzenden und die alleinige Konzentration auf Umweltthemen vor. Dem Green Movement gelang der Einzug ins Parlament zwar nicht, aber die Zahlen zeigen, dass das Green Movement auf nationaler Ebene die Grüne Partei Israels ersetzt hat.

² <http://www.ynet.co.il/english/articles/0,7340,L-3791725,00.html>

³ <http://drybonesblog.blogspot.com/2009/03/new-israeli-government.html>

Die einzige nicht rechtsnationalistische Partei innerhalb der Regierungskoalition ist die **Arbeitspartei**, die über die vom Vorsitzenden Ehud Barak durchgesetzten Beteiligung an der Rechtsregierung aber vermutlich zerfallen wird. Von Anfang an waren fünf der 13 Abgeordneten strikt gegen die Regierungsbeteiligung. Gleichzeitig gab es unter den Dissidenten aber auch Meinungsverschiedenheiten. Der langjährige Abgeordnete Ophir Pines-Paz legte schließlich im Januar 2010 sein Abgeordnetenmandat nieder.

Auf diesem Hintergrund gab und gibt es zahlreiche interne und öffentliche Gesprächsforen, in denen über Ursachen und mögliche Konsequenzen dieser dramatischen Niederlagen diskutiert wird. Daran sind u.a. Vertreter_innen der Arbeitspartei, von Meretz, des Green Movement und Chadash beteiligt. Hier wird ein ernsthaftes Bemühen deutlich, harte Fragen an sich selbst zu stellen und bisherige Fraktionierungen zu überwinden. Inwieweit das erfolgreich gelingen wird, lässt sich aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen.

Die israelische Regierung hat einerseits die in sie gesetzten Erwartungen bzw. Befürchtungen nicht enttäuscht. So initiierten Abgeordnete von Regierungsparteien zahlreiche faktisch gegen die arabische Bevölkerung Israels gerichtete Gesetzesvorhaben. Das Erziehungsministerium unternimmt verstärkt Anstrengungen, um durch den Auftritt von Vertreter_innen des Militärs in Schulen die Bereitschaft der Schüler_innen zu fördern, zum Militär zu gehen.

Besonders **Außenminister Lieberman** sowie sein Stellvertreter, der Diplomat Danny Ayalon, der ebenfalls der Partei Yisrael Beteinu angehört, verhielten sich in einer Art und Weise – vor allem gegenüber Syrien und der Türkei – dass dies selbst innerhalb der Regierung Kontroversen auslöste. Da Außenminister Lieberman wegen seiner abfälligen Äußerungen gegenüber dem ägyptischen Staatschef Mubarak auch in den arabischen Staaten nicht empfangen wird, die über diplomatische Beziehungen zu Israel verfügen, werden seine Aufgaben teilweise von Verteidigungsminister Barak und Staatspräsident Peres wahrgenommen.

Eine positive Entwicklung gab es im Umweltministerium. Der neue **Umweltminister Gilad Erdan (Likud)** ist zwar hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts ausgesprochen kompromissunwillig. Umweltpolitisch agiert er aber ebenso lernbereit wie ambitioniert. Gerade neu im Amt machte er die langjährige Geschäftsführerin des Dachverbandes der israelischen Umweltgruppen zu seiner Büroleiterin und sprach sich gegen das geplante Kohlekraftwerk in Ashkelon aus.

Ministerpräsident Benjamin Netanyahu versucht einerseits zwischen den verschiedenen Flügeln seiner Regierung zu lavieren. Andererseits hat er mit seiner Rede vom Juni 2009 an der Bar Ilan Universität, wo er sich erstmals für eine Zwei-Staaten-Regelung aussprach, und mit der Entscheidung für einen 10-monatigen Siedlungsstopp national wie international zu Diskussionen über die Ernsthaftigkeit seines Friedenswillens beigetragen. Bei den Kritiker_innen gibt es neben denen, die Netanyahu – nicht zuletzt aufgrund seiner Politik in der Vergangenheit – schlicht für einen Lügner halten auch diejenigen, die eine gewisse Hoffnung nicht aufgeben wollen. Auch sie sehen zwar, dass die Befürwortung einer Zwei-Staaten-Regelung in der Bar-Ilan-Rede in sehr viel rechtsnationalistische Rhetorik verpackt war. Auch sie sehen, dass der 10-monatige Siedlungsstopp mit vielen Ausnahmen gespickt ist und sich nicht auf Ost-Jerusalem bezieht. Doch sie weisen darauf hin, dass noch nicht ausgemacht sei, wohin die Reise gehe, nicht zuletzt dann, wenn es doch noch stärkeren Druck von außen geben sollte. Und sie stellen die Frage: welches sollte denn die politische Alternative sein?

Diese Frage ist sehr berechtigt, denn **faktisch gibt es im israelischen Parlament derzeit keine Opposition**. Meretz ist zu schwach und mit der Frage des eigenen Überlebens beschäftigt. Die Kadima-Vorsitzende und ehemalige Außenministerin Tzipi Livni ist offensichtlich überschätzt worden und als Oppositionsführerin nur bedingt präsent. Die Partei Kadima ist gespalten und ihr rechter Flügel unterscheidet sich inhaltlich kaum vom Likud. Livnis Stellvertreter Shaul Mofaz will sie zwingen, den Zeitpunkt für die Wahl des bzw. der nächsten Vorsitzenden vorzuziehen, um das Ruder zu übernehmen. Derweil ist Benjamin Netanyahu bemüht, eine Gruppe von 6 Abgeordneten von Kadima aus der Fraktion herauszubrechen und zum Likud zu führen, was ihm allerdings beim ersten Versuch nicht gelungen ist.

Schon bei der Regierungsbildung wiesen zahlreiche Beobachter darauf hin, dass die Regierung eine Stabilität haben würde, die ihr viele anfangs nicht zugetraut hätten. Genau das ist eingetreten. Neben dem oben beschriebenen Rechtsruck dürfte der Umstand eine Rolle spielen, dass Israel im Gegensatz zu vielen anderen Staaten die **Weltwirtschaftskrise** bislang relativ gut verkraftet hat. Aufgrund einer soliden finanz- und wirtschaftspolitischen Ausgangsposition wurde Israel von der globalen Finanzkrise nicht so hart getroffen wie vergleichbare Industriestaaten. Die realen ökonomischen Folgen der Krise des amerikanischen und europäischen Bankensystems hatten jedoch auch auf die exportorientierten Wirtschaftszweige Israels (rückläufige Nachfrage in Europa und den USA) und den Binnenkonsum (aufgrund der hohen Verluste an den Kapitalmärkten ging u.a. auch die Kaufkraft der israelischen Bevölkerung zurück) massive Auswirkungen. Die Arbeitslosenrate stieg auf 8% an und die Politik der Haushaltskonsolidierung konnte nicht aufrecht erhalten werden. Etwa 15.000 Israelis,

die im Ausland lebten, kehrten wegen der Wirtschaftskrise nach Israel zurück. Auch kam es zu einem Anstieg der Immigration aus Nordamerika. Viele Nichtregierungsorganisationen klagen über den Rückgang der Finanzierung durch Spenden.

In den **israelisch-palästinensischen Beziehungen** hat sich eine Lage eingestellt, wo aus der Sicht der Mehrheit der Israelis und vieler internationaler Player der Ball im Feld der Palästinensischen Autonomiebehörde liegt. Das wiederum hat damit zu tun, dass es der US-Administration nicht gelungen ist, die israelische Administration zu einem vollständigen Siedlungsstopp zu bewegen, der auch das Gebiet von Ost-Jerusalem mit einschließt.

Zwar mehren sich die Stimmen in Israel, die unter Verweis auf die internationalen Folgen des Gaza-Krieges sowie der fortgesetzten Besatzung und Siedlungspolitik vor einer zunehmenden Infragestellung der Legitimität Israels auf internationaler Ebene warnen. Doch die Mehrheit der Regierung und der Bevölkerung lässt das kalt. Für sie sind solche Kräfte im Ausland ohnehin je nach Lesart antizionistisch, anti-israelisch oder antisemitisch, sprich sie müssen bekämpft werden. Allenfalls die Klage über die mangelnde „Hasbara“, also die Erklärung der israelischen Politik im Ausland ist oft zu hören. Hier fügt sich nahtlos die Kampagne der Gruppe „**NGO-Monitor**“ gegen die finanzielle Unterstützung regierungskritischer NGOs durch die EU-Kommission und Staaten der EU, die unter der Forderung nach mehr Transparenz geführt wird, ein. Eine weitere Gruppe (Im Tirtzu – The Second Zionist Revolution) hat zu Beginn des Jahres 2010 diese Kampagne noch verschärft und gegen die Organisation New Israel Fund, die Spenden vor allem in den USA und Großbritannien für „social change organizations“ in Israel sammelt und gegen deren israelische Vorsitzende, die ehemalige Meretz-Abgeordnete Naomi Chazan zugespielt.

Die **Stimmung in der Bevölkerung** ist zudem nicht nur durch die oben bereits beschriebene Fatalität bzw. Passivität angesichts der angenommen palästinensischen Unfähigkeit bzw. dem Unwillen, Kompromisse einzugehen, geprägt. Hinzu kommt gerade im Jahr 2009 die Erfahrung, dass es an den verschiedenen Konfliktlinien schon seit Jahren nicht mehr so ruhig gewesen ist wie zur Zeit: Hisbollah im Norden wagt es trotz des angehäuften Waffenpotentials und teils aggressiver Rhetorik nicht, die Lage zu eskalieren. Die Angriffe aus dem Gazastreifen haben zwar nicht völlig aufgehört, sind aber deutlich zurückgegangen. So sind die Meldungen über abgeschossene Raketen nur noch auf den hinteren Seiten der Zeitungen zu finden. Palästinensische Selbstmordanschläge hat es im Jahr 2009 überhaupt nicht gegeben. Zwar gibt es auch hier warnende Stimmen aus verschiedenen Ecken des politischen Spektrums, die darauf hinweisen, wie zerbrechlich diese Ruhe ist, aber die allgemeine Stimmung prägt das nicht.

Wenn etwas als Bedrohung wahrgenommen wird, dann noch am ehesten die **Bedrohung durch das iranische Regime**. Das hängt mit dem Zusammenspiel der rhetorischen Leugnung des Holocaust und der Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel sowie dem Bestreben, die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen und dem repressiven Charakter des Regimes zusammen.

Doch auch hier ist das Bild keineswegs eindeutig. So ergab eine Umfrage des Institute for National Security Studies (INSS) im Sommer 2009, dass 80% der befragten Israelis nicht davon ausgehen, dass sich ihr Leben ändern werde, wenn der Iran über Nuklearwaffen verfügen sollte.⁴ 11% würden überlegen, das Land zu verlassen und 9% würden erwägen, innerhalb des Landes umzuziehen. Zu ähnlichen Ergebnissen kam zuvor bereits das Center for Iranian Studies at Tel Aviv University. Danach gingen 74% der Befragten davon aus, dass die Politik der neuen US-Administration den Iran nicht von seinem Bestreben abbringen werde, die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen. Hinsichtlich eines militärischen Angriffs waren die Befragten gespalten: 51% sprachen sich für einen sofortigen militärischen Angriff auf den Iran aus, während 49% dafür plädierten, die Ergebnisse des US-amerikanischen Engagements abzuwarten.⁵

Die **Situation in und um Jerusalem** verschärfte sich im Berichtszeitraum weiter. Die Mauer ist jetzt in und um Jerusalem mit Ausnahme der Region südlich von Jerusalem geschlossen. Der neue Jerusalemer Bürgermeister Barkat ist einerseits ein Modernisierer, was sich daran zeigt, dass er die langjährige Leiterin des Jerusalemer Zweiges der Society for the Protection of Nature (SPNI) zu einer der stellvertretenden Bürgermeisterinnen machte. Andererseits ist er ein rechtsnationalistischer Modernisierer, der in größerem Maße als sein ultraorthodoxer Vorgänger illegal gebaute palästinensische Häuser abreißen lässt. Außerdem unternimmt er nichts gegen die Aktivitäten rechtsnationalistischer Organisationen, die versuchen, Siedler mitten im palästinensischen Osten der Stadt anzusiedeln. Da in den vergangenen 20 Jahren zahlreiche Eskalationen des israelisch-palästinensischen Konfliktes ihren Ausgang in Jerusalem nahmen, kann man darüber spekulieren, wie lange diese Formen des Zündelns noch ohne weitreichendere Konsequenzen bleiben werden.

Die **Situation Israels im internationalen Kontext** hat sich – nicht zuletzt durch den Gaza-Krieg sowie durch die Wahl einer vornehmlich rechtsnationalistischen Regierung verschlechtert. Auch das Verhältnis zu den USA erscheint deutlich angespannter, als in den Jahren der George W. Bush Administration. Andererseits ist es nicht zu der von manchen befürchteten und von manchen erhofften,

⁴ <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1092691.html>

⁵ <http://www.ynet.co.il/english/articles/0,7340,L-3720638,00.html>

grundlegenden Krise zwischen den USA und Israel gekommen. Außerdem wird zwar international allgemein die israelische Siedlungspolitik kritisiert, dennoch zählen etwa in der EU neben Italien und Deutschland auch eine Reihe osteuropäischer Staaten zu denjenigen Verbündeten Israels, von denen nur begrenzte Kritik und kein wirklicher Druck zu erwarten ist.